

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

Oktober 2016

10/2016

Gemeinsam etwas verändern

Brief von Katja Kipping und Bernd Riexinger an alle Mitglieder der LINKEN

Liebe Genossinnen und Genossen,

es ist so weit: mit dem Ende der Sommerpause - hoffentlich nicht mit dem Ende der schönen Tage - nimmt unsere Arbeit am Programm für die Bundestagswahl 2017 Fahrt auf. Der großartige Wahlsieg unserer Berliner Genossinnen und Genossen macht gleichermaßen Lust wie Freude, ein gemeinsames Wahlprogramm für die kommende Bundestagswahl zu erarbeiten, das die Menschen ermutigen will, gemeinsam mit unserer Partei für soziale Gerechtigkeit und einen linken Politikwechsel im ganzen Land zu kämpfen. Denn die Bundestagswahl 2017 wird auch eine Richtungsentscheidung darüber, in welche Richtung sich diese Gesellschaft entwickelt. Rechte Populisten in unterschiedlichen Parteien versuchen Unzufriedenheit und Sorgen der Menschen gegen Geflüchtete oder Muslime zu wenden. Sie nennen es »Protest«, aber Protest würde ja bedeuten, dass er gegen oben, gegen die Mächtigen geht! Einer ungerechten Politik der sozialen Kälte und rechter Hetze wollen wir entschlossen entgegentreten.

Wir hören zu

Wir wollen mit unserem Wahlprogramm und mit unserem Wahlkampf insgesamt deutlich machen: DIE LINKE ist die Kraft für soziale Gerechtigkeit. Wir sind vor Ort, wir hören zu und wollen wissen, was sonst niemand hören will. Wir geben den Menschen eine Stimme in den Parlamenten und streiten im Alltag mit ihnen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Der Wahlkampf von Bernie Sanders in den USA hat gezeigt: Wahlkämpfe können Menschen begeistern, wenn sie selbst aktiv mitgestalten können. Unter dem Motto »Ohne dich geht es nicht« wollen wir schon vor der heißen Phase des Wahlkampfes möglichst viele Menschen dazu einladen, links aktiv zu werden: für

100.000 zusätzliche Pflegekräfte und gute Pflege für alle, für bezahlbare Mieten, für eine armutsfeste Rente u.a. Gemeinsam können wir etwas verändern. Und das ist dringend notwendig.

Anfang Juli hat der Parteivorstand einen Ablauf verabschiedet. Wir möchten Euch darüber informieren und Euch zur Mitarbeit einladen.

Über den Tellerrand schauen

Für uns steht am Anfang: Wo brennt es im Alltag? Wir wollen mit den Leuten sprechen, nicht über sie. Und das meinen wir ganz wörtlich: Wir klingeln an den Haustüren in unseren Hochburgen und ehemaligen Hochburgen. Welche Erfahrungen machen die Menschen? Welche Probleme stehen im Vordergrund? Was halten sie von den Vorschlägen der LINKEN? In diesen Gesprächen können wir auch Verbündete finden, Gespräche beginnen, die vielleicht auf der nächsten Veranstaltung des Kreisverbandes fortgesetzt werden können. Daher bitten wir Euch: beteiligt Euch an den Befragungen, die wir in möglichst allen Bundesländern durchführen wollen! Ihr könnt uns eine Mail schreiben unter befragungen@die-linke.de oder Euch direkt an den Bereich Strategie und Grundsatzfragen in der Bundesgeschäftsstelle wenden.

Wir bieten für die Befragungen regionale gemeinsame Vorbereitungen und Workshops an und begleiten Euch. Gemeinsam können solche Besuche Spaß machen und die politische Arbeit bereichern. Und wir lernen Wichtiges über unsere Leute und für unsere Themen: wie sprechen wir, wo setzen wir an. Bitte meldet Euch, wenn ihr mitmachen wollt! Wir vermitteln Euch an die Angebote vor Ort.

An drei - exemplarischen - Orten laden wir zu Versammlungen ein: »Was

Fortsetzung Seite 3



Unsere Kandidatin zur Bundestagswahl: Kirsten Tackmann (DIE LINKE) Foto: Jürgen Schubert

Auf der Wahlkreisversammlung der LINKEN am 5. Oktober empfahlen die Kreisvorstände des Havellandes, der Prignitz und von Ostprignitz-Ruppin, Dr. Kirsten Tackmann als Direktkandidatin aufzustellen. Auch der Landesvorsitzende Christian Görke und weitere GenossInnen sprachen sich dafür aus.

Begründung:

- ihre hohe fachliche Kompetenz als agrarpolitische Sprecherin und Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft« des Bundestages,
- ihre ehrliche und klare Positionen zur Stärkung und Entwicklung der ländlichen Räume, zu Ursachen von Krieg und Flüchtlingen, zur Gleichstellung der Frauen (»ohne Frauen ist kein Dorf zu machen«),
- sie ist viel vor Ort unterwegs und hat immer ein offenes Ohr für die Fragen und Probleme der Bürger.

Kirsten Tackmann wurde mit 90 Ja- und 2 Nein-Stimmen (97,83%) zur Direktkandidatin im Wahlkreis 56 gewählt.

Zwischenruf

Von Achim Müller

Fremder Osten?

In der Sendung »Anne Will« am 18. September, als es um die Ereignisse in Bautzen ging, sprach der Extremismusforscher Hans-Gerd Jaschke, wie andere bürgerliche Historiker u.a. wieder einmal davon, dass es »im Osten« ein erhöhtes fremdenfeindliches Potential gibt. Er begründete das damit, dass die Menschen in den neuen Bundesländern zu wenig Zivilcourage hätten und es nach der »Wende« keine oder zu wenig demokratische Kräfte gab, die dem aufkommenden offenen Neonazismus Paroli geboten hätten.

Da sollten sich diese Forscher und Historiker einmal der Frage widmen, warum sich in der »Wendezeit« zu wenig engagierte Bürger offen gegen den aufkommenden Faschismus zur Wehr setzten? Wenn wir uns die damalige Situation verdeutlichen, so ist einzuschätzen, dass hunderttausende überzeugte Antifaschisten und demokratisch gesinnte Bürger

politisch, mit der Begründung der Systemnähe usw., mundtot gemacht wurden. Mit der Aussage, ihr und eure SED haben uns jahrelang bevormundet, wurden von den damals politisch agierenden Kräften alle antifaschistischen Warnungen und Bestrebungen abgebugelt. Selbst ehemalige KZ-Häftlinge bzw. antifaschistische Widerstandskämpfer wurden nicht mehr gehört, wie mir auch ein Neuruppiner selbst erzählte.

Man kann die Menschen hier im Osten nicht einfach pauschal verurteilen, sondern man muss die Ursachen erforschen. Einfach nur zu sagen, im Osten kannte man keine Ausländer in der eigenen Umgebung, ist meiner Meinung nach zu kurz gegriffen. Ich persönlich kannte und kenne viele Menschen, die genau so wie ich ein enges Verhältnis z.B. zu Kubanern, Vietnamesen, Ungarn, Tschechoslowaken, Polen oder Sowjetbürgern hatten. Vielmehr ist der angeblich so hohe Rechtsextremismus im Osten der verfehlten Sozial- und Wirtschaftspolitik, die die Sieger der Vereinigung aus dem Westen hierher brachten, geschuldet.

Kommentar

Hartz IV macht Familien kaputt

Das Bundesverfassungsgericht hat die gängige Regelung, dass alle in einem Haushalt lebenden Personen für einen Bedürftigen aufkommen müssen, bevor er Anspruch auf Hartz IV hat, abgesegnet. Das ist die sogenannte Bedarfsgemeinschaft. Dieser Begriff wurde mit der Agenda 2010 im Jahre 2005 von der Schröder-Regierung eingeführt. Damit ist gemeint, dass das gesamte Haushalteinkommen angerechnet wird nach der Devise: »Ihr werdet den Bedürftigen schon nicht verhungern lassen«. Und dies hat jetzt das Bundesverfassungsgericht bestätigt.

Dank dieser »Sippenhaft« ist Armut so ansteckend wie eine gefährliche Krankheit geworden. Dass viele Menschen Angst davor haben, das macht sich die AfD in ganz arglistiger Art und Weise zu eigen. Sie suggeriert den Bürgern, dass der Zustrom von Flüchtlingen schuld daran sei, dass immer mehr Menschen, auch aus der Mittelschicht, Angst vor einem sozialen Absturz haben.

Die Ursachen dafür sind aber in einer verfehlten Bundespolitik begründet. Wenn es immer mehr Leiharbeiter, Beschäftigte auf Mindestlohniveau, Mindestrentner und geringfügig Beschäftigte gibt, auf der anderen Seite die Vermögenden immer mehr in ihre Taschen wirtschaften können, dann läuft doch in diesem »Sozialstaat« etwas falsch. Nach Berechnungen des »Manager Magazins« ist das Vermögen der 500 reichsten Deutschen in den vergangenen 12 Monaten auf 692,25 Milliarden Euro gewachsen. DIE LINKE fordert seit Jahren, dass man von seiner Hände Arbeit auch gut leben können muss. Aber die CDU/CSU- und SPD-Politiker schert das anscheinend gar nicht. Erst wenn sie bei Wahlen eine »Klatsche« bekommen, kommt das große Jammern - richtige Schlussfolgerungen Fehlanzeige!

Aber auch im aktuellen Bericht zur deutschen Einheit spricht die Bundesregierung, bezugnehmend auf den Fremdenhass, von einer »besorgniserregenden Entwicklung« im Osten, die den sozialen Frieden gefährden kann. Hier sind wir Linken noch mehr als bisher gefragt. Geht es doch darum, unserer Klientel, den Benachteiligten, zu helfen. Dabei ist jeder von uns in der Verantwortung.

hjm

Unser Genosse

Heinz Hilgert

ist am 7. September 2016, wenige Wochen vor seinem 90. Geburtstag, verstorben. Wir versichern seinen Angehörigen unser tief empfundenes Beileid.

Heinz war vor der politischen Wende in der SED-Kreisleitung Wittstock viele Jahre tätig und erwarb sich Achtung und Ansehen. Nicht wenige Mitarbeiter der staatlichen Organe holten sich bei ihm Hilfe und Rat zu unterschiedlichen Fragen und Problemen. Seine Art zuzuhören, seine Bescheidenheit und Hilfsbereitschaft brachten ihm Respekt ein.

Nach der »Wende« suchte er, wie viele Genossen, nach Gründen und Anlässen für den Untergang der DDR. Er betrachtete die Politik der SED und der DDR sehr kritisch und schonte sich selbst nicht. Was auf uns nun zukommen würde, konnte er sicher einschätzen und sah aus seiner Sicht sehr kritisch auf das Neue. Seine Schlussfolgerung bestand darin, sich nicht wegzuducken, sondern weiter für die Idee des Sozialismus mit seinen Mitteln und Kräften zu kämpfen. Er wurde Mitglied der PDS und blieb der Partei DIE LINKE bis zu seinem Tode treu. Leider erlaubte ihm sein Gesundheitszustand keine aktive Mitarbeit mehr. Er blieb politisch interessiert, verfolgte Veröffentlichungen der Partei aufmerksam, vermisste jedoch schmerzlich Gespräche darüber. Er las viel, widmete sich immer mehr seiner Familie und kümmerte sich um die Enkel. Die letzten Monate seines Lebens musste er im Heim verbringen, da seine Familie die Pflege nicht mehr bewältigen konnte.

Ein langjähriger treuer Genosse ist mit Heinz Hilgert von uns gegangen. Wir trauern um ihn und vermissen ihn.

Kreisvorstand DIE LINKE. OPR

Die Genossen des Regionalvorstandes Wittstock/Heiligengrabe

Fehrbellin ist weltoffen

Toleranz bedeutet duldsam sein, aber auch großzügig, weitherzig, gleichberechtigt und respektvoll. Das wissen bereits die Grundschülerinnen und -schüler der Johann-Heinrich-Bolte-Grundschule in Fehrbellin, wie sie am Samstag, den 17.09.2016 bei der 6. Tour de Toleranz bewiesen. Ihr Wissen stellten sie auf Plakaten dar, die sie offen ausstellten. Genauso brachten sie in Liedern und Gedichten ihre Haltung zur Vielfalt zum Ausdruck. Damit entsprachen sie exakt dem Motto der Tour: »Wenn viele kleine Menschen an vielen kleinen Orten viele kleine Dinge tun, können sie das Gesicht der Welt verändern«.

Die Organisatorinnen und Organisatoren vom Aktionsbündnis »Fehrbellin bleibt bunt« waren im Vorfeld gespannt, ob dieses Motto überhaupt umsetzbar ist. Umso erfreuter waren sie, wie selbst-



Schüler der Oberschule Am Rhin gestalteten eine Ausstellung zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Dabei hatten sie auch die Geschichte des »Arbeitserziehungslagers«, welches während der NS-Zeit in Fehrbellin bestand, erkundet.

verständlich die gelebte Offenheit der Fehrbelliner auch in dieser Tour zum Tragen kam. Der Ortsvorsteher der Stadt Fehrbellin, Herr Sternbeck, lobte in seiner Eröffnungsrede die Fehrbellinerinnen und Fehrbelliner für ihre Bereitschaft, Geflüchtete zu unterstützen, verurteilte aber auch scharf jede Form von Ausgrenzung und Intoleranz.

Dass Fehrbellinerinnen und Fehrbelliner mit vielen Dingen zur Veränderung der Welt beitragen, davon konnten sich die ca. 40 Radfahrer, die mehrere Stationen in Fehrbellin abfuhren, mehr als deutlich überzeugen. Ob es der freiwillige Feuerwehrmann ist, der in seiner Freizeit Menschenleben rettet, oder die Menschen, die mit Stolpersteinen Erinnerungen wachhalten, oder der Fallschirmspringer, der mit der Peace-Fahne über Fehrbellin kreiste, sie alle zeigten am Samstag, wie sie Fehrbellin mitgestalten.

Überall, wo die Tour-Teilnehmer Station machten, waren die Türen für sie offen, unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft, von Religionszugehörigkeit oder



Begeisterte Sternfahrt durch Fehrbellin

Fotos: Achim Müller

Bildung, von eventuellen Behinderungen oder sonstigen individuellen Merkmalen. Aber auch die Tour-Teilnehmer hinterließen bleibende Spuren, mit denen sie entsprechend ihrer Möglichkeiten die Welt veränderten. So bepflanzten sie die Rabatte am Mahnmahl für die Opfer des Faschismus und gestalteten die Giebelwand der Oberschule Am Rhin mit Symbolen für Frieden und Vielfalt.

Beim gemeinsamen Tanz mit den Tänzerinnen der Oberschule und beim gemeinsamen Essen intensivierten sich die Kontakte und der Wunsch nach einer siebten Tour.

Vielen Dank an alle, die dazu beitrugen, dass diese Tour solch ein Erfolg wurde.

Ines Nowack
Protzen

Gemeinsam etwas verändern

Fortsetzung von Seite 1

muss drin sein? Du hast was zu sagen. Wir hören zu«. Auch hier wollen wir fragen: was sind die größten Probleme, was muss sich ändern, was bieten wir an - und Veränderung können wir nur gemeinsam schaffen. Wir laden Euch herzlich ein zu überlegen, ob Ihr solche Veranstaltungen in kleinerem Maßstab bei Euch vor Ort machen könnt.

Was wir ändern wollen:

Wir wollen in der Partei gemeinsam entwickeln, was wir vorhaben. Als Parteivorsitzende werden wir unseren Entwurf bis Ende des Jahres schreiben. Im Februar nächsten Jahres werden wir eine Reihe von Regionalkonferenzen organisieren, um den Entwurf gründlich diskutieren zu können.

Wir laden Euch herzlich ein, uns Vorschläge zu schicken, was Euch besonders

am Herzen liegt. Dabei geht es uns nicht so sehr um fertige Programmteile, sondern um konkrete Punkte, Missstände und Forderungen. Welche Probleme wollen wir lösen und wie? Wie schaffen wir Perspektiven für die Durchsetzung dieser Forderungen? Wie gewinnen wir Mitstreiterinnen und Mitstreiter und machen deutlich: »Ohne dich geht es nicht!«?

Eure Vorschläge könnt ihr uns auf verschiedenem Wege zukommen lassen.

Wir möchten viele Stimmen hören und nicht durch die Art der Medien Barrieren aufbauen. *Wir werden verschiedene Angebote im Internet einrichten:*

■ Erstens fragen wir: Was erlebt Ihr im Alltag, im Gespräch mit Nachbarinnen und Nachbarn, was muss geändert werden? Dabei geht es nicht um große Berichte, sondern kleine Texte und Schilderungen, auch Bilder können eingeschickt

werden an wahlprogrammdebatte@die-linke.de. Diesen Weg schlagen wir auch fachlich Interessierten sowie AG, LAG, BAG vor.

■ Zu einigen zentralen Themen unserer Partei werden wir *Diskussionsforen im Internet* organisieren. Die sollen nicht nur dazu dienen, Positionen auszutauschen, sondern so angelegt sein, dass gemeinsam an Lösungen und Kompromissen gearbeitet werden kann.

Für diejenigen, die lieber direkt sprechen wollen, werden wir *Telefonkonferenzen* organisieren. Hier werden wir auch unsere Fachleute hinzubitten. Und selbstverständlich könnt Ihr uns und der Redaktion auch *postalisch* an die Adresse der Bundesgeschäftsstelle Vorschläge zukommen lassen.

Solidarische Grüße

Katja Kipping

Bernd Riexinger

Bundestagsreport

Agrar-Konzerne gefährden ortsansässige Landwirtschaft

Seit vielen Jahren warnt DIE LINKE im Bundestag vor nichtlandwirtschaftlichen Investoren, die zunehmend die Existenzgrundlage ortsansässiger Landwirtschaftsbetriebe bedrohen. Immer wieder haben wir darauf hingewiesen, dass die wirklichen Konflikte in der Landwirtschaft nicht zwischen den kleinen und großen Betrieben vor Ort bestehen. Im Gegenteil. Sie brauchen gleichermaßen Schutz und sollten sich gegen vagabundierendes Investorenkapital verbünden, das seit der Finanzkrise nach sicheren Geldanlagen und Profitquellen sucht und dabei auf landwirtschaftliche Flächen gestoßen ist. Ehemals volkseigene Flächen, die durch die BVVG (Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH) europaweit ausgeschrieben werden, gehen nun oft zu Höchstpreisen über den Tisch. Ortsansässige Betriebe können mit landwirtschaftlicher Arbeit so viel Geld nicht verdienen, um mitbieten zu können. Die Investoren übernehmen Landwirtschaftsbetriebe inklusive Boden - ob feindlich oder nicht - auch durch Anteilskäufe.

Kapital sucht Profitquellen

Ergebnis dieser Entwicklung sind völlig neue Agrarstrukturen, bei denen Land-

wirtschaft nur noch ferngesteuert wird. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Art der Bewirtschaftung der Äcker und Wiesen, sondern entfremdet auch die Landwirtschaft von der ländlichen Bevölkerung.



Foto: Pixabay

Eine Studie des Thünen-Instituts hat festgestellt, dass in Mecklenburg-Vorpommern z. B. schon jeder dritte Landwirtschaftsbetrieb nicht mehr in ortsansässiger Hand ist. Leider hat Brandenburg als einziges Bundesland in Ostdeutschland nicht an dieser Studie teilgenommen. Ein Beispiel für diese Entwicklung ist die unterdessen insolvente KTG Agrar SE. Dieser Agrarkonzern ist eine Aktiengesellschaft mit einem undurchsichtigen Netz aus 96 Tochtergesellschaften und intransparenten personellen Verflechtungen, die mutmaßlich 46.000 ha in Ostdeutschland, Bayern, Litauen und Ru-

mänien bewirtschaftet. Mehr als 10.000 Gläubiger fordern nach Schätzungen 350-400 Millionen Euro. 600 Beschäftigte sind betroffen. Aber nicht die ortsansässigen Landwirtschaftsbetriebe bekommen jetzt eine neue Chance, sondern andere Investoren übernehmen die Anteile, die etwas wert sind.

Bodenrecht neu ordnen

Das hat nun auch der Bundesregierung die Augen geöffnet. Auf eine parlamentarische Anfrage der LINKEN antwortete sie diese Woche, dass die Entwicklung von Holdingstrukturen in der Landwirtschaft auf dem Bodenmarkt »die agrarstrukturellen Ziele des Vorrangs regional verantwortlicher Landwirtinnen und Landwirte, einer breiter Streuung des Eigentums an landwirtschaftlichen Flächen, die Vermeidung marktbeherrschender Positionen und Dämpfung spekulativer Entwicklungen, die Stärkung ländlicher Räume und einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Flächen« gefährden kann. Handeln sollen aber die Bundesländer. Doch gegen länderübergreifende Agrar-Konzerne müssen Bund und Länder gemeinsam strategisch agieren. Deshalb fordert DIE LINKE eine aktive Rolle der Bundesregierung bei der Lösung der Probleme.

Das Bodenrecht muss an die neuen Herausforderungen angepasst werden.

Kirsten Tackmann, MdB



DIE LINKE. Berlin und DIE LINKE. Brandenburg beteiligten sich mit einem gemeinsamen Marschblock an der TTIP-Demo am 17. September in Berlin. Unter den rund 70.000 Demonstranten waren auch Mitglieder aus unserem Kreisverband. Mehr als 320.000 Menschen waren in Berlin, Köln, Hamburg, München, Stuttgart, Frankfurt oder Leipzig trotz schlechten Wetters auf der Straße, um gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA, gegen Sonderrechte für Konzerne, für den Erhalt von Sozial- und Umweltstandards zu demonstrieren.

Foto: Hartmut Buschke

Kurzmeldungen

■ Ein großes Dankeschön gebührt Achim Behringer, unserem Stadtvorsitzenden von Neuruppin und stellvertretenden Kreisvorsitzenden: Er hat Anfang Oktober an mehreren Tagen Räume in der Kreisgeschäftsstelle in der Schinkelstraße in Neuruppin, in ehrenamtlicher Arbeit versteht sich, frisch »gemalert« und auch die gründliche Reinigung des Fußbodenbelages organisiert.

■ In Brandenburg gilt seit dem 1. Oktober 2016 ein Mindestlohn von neun Euro bei öffentlichen Aufträgen. Das beschloss der Landtag am 28. September mit der Mehrheit der rot-roten Koalition. Damit liegt Brandenburg über dem bundesweit geltenden Mindestlohn von 8,50 Euro.

Links tut gut

Einheit?

Auch 26 Jahre nach der Wiedervereinigung sind wir noch weit entfernt von gleichwertigen Lebens- und Einkommensverhältnissen in Ost und West. So bekommt z. B. ein Kfz-Mechaniker immer noch rund 500 Euro weniger als sein Kollege in den alten Bundesländern. Seit der Deutschen Einheit ist inzwischen eine Generation groß geworden. Es darf nicht noch einmal so lange dauern, bis endlich Gerechtigkeit zwischen Ost und West herrscht. Daran erinnerte Susanna Karawanskij, MdB, Sprecherin für Kommunal Finanzen und Ostkoordinatorin der Bundestagsfraktion der LINKEN, in ihrer bemerkenswerten Rede im Deutschen Bundestag:

»Auch 26 Jahre nach der Wiedervereinigung erfahren die Menschen im Osten die tagtägliche Demütigung. Das geschieht nicht durch offene Anfeindungen, das geschieht nicht durch eine Ohrfeige, das geschieht still: Auf dem Lohnzettel, auf dem Rentenbescheid und im Portemonnaie.«

(Quelle: DIE LINKE. Sachsen)

Sehenswert

Noch bis Mitte November wird in der Geschäftsstelle der LINKEN in Wittstock, Marktgasse 2, eine Foto-Ausstellung zum Thema »Armut und Reichtum in Deutschland« gezeigt. Ein Besuch der Ausstellung ist zu den Öffnungszeiten der Geschäftsstelle möglich (siehe Rückseite dieser Ausgabe - Kontakte unten).

Kalenderblatt

Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess

Bereits nach dem Ersten Weltkrieg hatte es Bemühungen um eine juristische Aufarbeitung und Ahndung von Kriegsverbrechen gegeben. Der Versailler Vertrag z.B. hatte die Auslieferung des deutschen Kaisers gefordert, der unter »öffentliche Anklage« gestellt werden sollte. Deutschland konnte aber durchsetzen, dass Prozesse gegen deutsche Kriegsverbrecher vor dem Leipziger Reichsgericht geführt werden - jedoch erstmalig nach Völkerrecht. Dabei kam es allerdings nur zu einigen halbherzigen Verhandlungen mit sehr milden Strafen.

Die Alliierten zogen 1945 ihre Erfahrungen aus den gescheiterten Leipziger Prozessen und nahmen die Strafverfolgung

Am 3. Oktober in Dresden

Am 3. Oktober 2016 wurden der zentrale Festakt zum Tag der Deutschen Einheit in Dresden durchgeführt. Am nächsten Tag konnte man in den Zeitungen unter anderem folgende Schlagzeilen - auf der ersten Seite - lesen:

- Ruppiner Anzeiger »Pöbeleien bei der Einheitsfeier«
- neues deutschland »Flüche, Feuer, Frauenkirche«,
- Märkische Allgemeine »Merkel und Gauck beim Einheitsfest in Dresden beschimpft«.

Im Fernsehen sah die Berichterstattung vordergründig nicht viel anders aus.

Dazu die Landtagsabgeordnete der LINKEN, Margitta Mächtig, auf ihrer Facebook-Seite:

»Liebe Fernsehjournalisten, wir waren in Dresden und haben es anders erlebt, als Ihr es darstellt. Die meisten Eurer Nachrichten begannen mit den gut 100 Rufern am Morgen und endeten mit der Nachricht der 4.000, die am Abend, sich um PEGIDA scharend, über die Straßen ziehen. Bedauernd kommt hinterher, dies seien die Bilder, die vom Tag der Einheit bleiben werden. Es sind Eure Bilder! Ihr transportiert sie!

Wir haben zigtausende Frauen und Männer, Kinder und Jugendliche der unterschiedlichsten Nationalitäten erlebt, die die Tage des Festes nutzten, um miteinander und auch nebeneinander ein Fest der Kulturen, Künste, der Musik, der

kulinarischen Genüsse zu begehen. Wir haben hunderte Dresdner erlebt, die mit sächsischem Humor als Ansprechpartner für tausende Gäste der Stadt auf den Straßen unterwegs waren. Und wir haben eine Stadtrundfahrt erlebt mit einem Busfahrer, den ich Euch wärmstens empfehlen kann. Bei ihm kann man leicht lernen, wie man mit den Erfolgen und Problemen einer Stadt umgeht und dennoch die Freude am Leben und den Blick für das Wesentliche nicht verliert.

Unser Dank gilt den vielen vielen fleißigen Dresdnerinnen und Dresdnern, die für ihre Stadt als gastfreundliche und weltoffene Stadt Gesicht zeigten!!!«

Abschließend sollte man vielleicht noch bedenken, dass Dresden 548.800 Einwohner (Stand 31.12.2015) hat! js

Aufgelesen

Neuwort nötig

Fortschrittshelle Medien
druckt nicht länger linksradikal!
links ist nicht radikal
nur in einem radikal:
gegen Kahlheit von Krieg und Unsozialem
druckt pseudolinksradikal!
dann vielleicht weniger Politspießer
mit fettgedruckter Meinung
links wäre finster

Jürgen Riedel (Minden), Lyriker

der NS-Verbrechen selbst in die Hand. Jede Nation stellte einen Richter und einen Stellvertreter, jede der vier alliierten Siegermächte stellte eine eigene Anklagevertretung.

Die fürchterlichen Verbrechen - Verschwörung, Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit - kamen zur Anklage.

Auf der Anklagebank des »Nürnberger Prozesses« (20. November 1945 bis 1. Oktober 1946) saßen 21 der ursprünglich 24 angeklagten Vertreter des NS-Regimes, die Millionen Menschen auf dem Gewissen hatten. Gegen Martin Bormann wurde in Abwesenheit verhandelt, das Verfahren gegen Gustav Krupp von Bohlen und Halbach wurde wegen Verhandlungsunfähigkeit eingestellt, Robert Ley hatte bereits vor Prozessbeginn Selbstmord begangen.

Nach neun Monaten wurden am 30. September und 1. Oktober 1946 die Urteile im Hauptkriegsverbrecherprozess verlesen: Zwölf Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, drei zu lebenslanger Haft und vier zu langjährigen Haftstrafen. Drei Angeklagte sprach das Gericht frei.

Das NSDAP-Führerkorps, Gestapo, SD und SS wurden vom Internationalen Militärgerichtshof (IMG) zu verbrecherischen Organisationen erklärt.

Die Todesurteile wurden am 16. Oktober 1946 auf dem Gelände des Nürnberger Gefängnisses vollstreckt, Göring beging vorher Selbstmord.

Die zu Haftstrafen Verurteilten blieben zunächst in Nürnberg. Am 18. Juli 1947 wurden sie in das Alliierte Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau verlegt, wo sie ihre Haftstrafen verbüßten.

(Quelle: <https://museen.nuernberg.de>)

Berlin hat gewählt

Das endgültige Ergebnis der Wahl steht fest. Das Abgeordnetenhaus von Berlin besteht demnach aus 160 Abgeordneten: SPD: 38; CDU: 31; Grüne: 27; LINKE: 27; FDP: 12; AfD: 25 Sitze.

■ Bei den Erst-/Zweitstimmen erreichten: SPD: 24,8/21,6%; CDU: 19,8/17,6%; Grüne: 15,8/15,2%; LINKE: 15,4/15,6%; Piraten: 2,0/1,7%; FDP: 5,6/6,7%; AfD: 14,1/14,2%.

■ Errungene Direktmandate: SPD: 28; CDU: 21; Grüne: 12; LINKE: 12; AfD: 5.

Anders als in Mecklenburg-Vorpommern wurde die Große Koalition aus SPD und CDU abgewählt. Der nächste Regierende Bürgermeister wird aber wahrscheinlich wieder Michael Müller (SPD) heißen, und das erste rot-grün-rote

Bündnis auf Landesebene wird immer wahrscheinlicher. Die Wahlbeteiligung ist auf 66,9% gestiegen, DIE LINKE legte deutlich zu (2011: 11,7%). Zu denken sollte aber geben, dass die AfD aus dem Stand heraus mit 25 Abgeordneten vertreten sein wird, und in einigen Hochburgen der LINKEN wie Marzahn-Hellersdorf, Pankow, Treptow-Köpenick und Lichtenberg große Stimmengewinne erzielte.

DIE LINKE ging mit 12 Projekten in den Wahlkampf, die Berlin sozialer, demokratischer und ökologischer machen sollen - und damit konnten sich viele Berliner identifizieren. Da in Berlin bei allen Wählern das Thema Gerechtigkeit die größte Rolle spielte und der Linkspartei dabei hohe Kompetenzen zugespro-

chen wurden und DIE LINKE von der Glaubwürdigkeit als Kraft der Solidarität mit Geflüchteten und des Kampfes gegen Rassismus profitieren konnte, wurden besonders bei den unter 30-Jährigen Zuwächse erzielt.

Der Landesparteitag der LINKEN in Berlin stimmte mit großer Mehrheit für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen. Die Erwartungshaltung bei den Berlinern, bei Verbänden, Gewerkschaften und Organisationen ist hoch. Es wurde zur Kenntnis genommen, dass z. B. bei den Themen Mieten und Wohnen, Flüchtlinge, Verkehr und Energie Versprechungen gemacht wurden. Falls Rot-Rot-Grün kommt, werden die Parteien sicher daran erinnert werden, und alle tun gut daran, auch zu liefern, was sie versprochen haben. js



Übrigens: 2008, als DIE LINKE noch nicht regiert hat, wurden nur 136,9 Mio. Euro in die Kitas investiert.

Mitmachen

Der Verein ESTAruppin ist für den Publikumspreis 2016 des Deutschen Engagementpreises nominiert. Der Erstplatzierte erhält 10.000 Euro, die ersten 30 der öffentlichen Abstimmung gewinnen die Teilnahme an einem kostenfreien Weiterbildungsseminar in Berlin.

Die Abstimmung läuft bis zum 31. Oktober 2016. Teilnehmen kann jeder Interessierte unter www.deutscher-engagementpreis.de, notwendig ist eine gültige E-Mail-Adresse. ESTAruppin finden sie am einfachsten über die Auswahl des Bundeslandes (BB), dort gleich an dritter Stelle.

Flimmerstunde in Neuruppin

Bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr fand auf dem Neuen Markt in Neuruppin eine »Flimmerstunde« als Freilichtkino statt.

Am Freitag, den 30. September, war es den »Machern« Christian Juhre und Marko Petruschke gelungen, den Verein ESTAruppin, der ein vielfältiges Programm für Kinder mitgebracht hatte, mit »ins Boot« zu holen.

Als am späten Nachmittag der Film »Die Eiskönigin« über die Leinwand flimmerte, platzte der Neue Markt aus allen Nähten. Da die vorhandenen ca. 500 Sitzgelegenheiten nicht ausreichten, holten sich viele ihre privaten Stühle o. Ä. Am Abend, als der Film »Ziemlich beste Freunde« lief, war der Platz erneut voll. Am Sonnabend machte dann der Regen den Organisatoren einen Strich durch die Rechnung. Trotzdem waren am Nachmit-

tag zeitweise etwa 100 Personen gekommen, um selbst unter dem Regenschirm das Tanzbein zu schwingen oder dem Auftritt der »Berlin Comedian Harmonists« zu lauschen.

Dass diese Veranstaltungen alle kostenfrei für die Bürger der Stadt waren, ist der Kreativität von Christian Juhre und Marko Petruschke zu verdanken, denen es immer wieder gelingt, Sponsoren dafür zu gewinnen.

Der nächste Höhepunkt, den die beiden Jungunternehmer der Firmen Juhre-Veranstaltungstechnik und Petruschke-



Foto: Marko Petruschke

Film mit ihrem Team von Freiwilligen organisieren, wird ein Weihnachtsmarkt in der Altstadt sein, zu dessen Vorbereitung am vergangenen Wochenende eine Tombola stattfand. hjm

Stets an vorderster Front

Ein Rastloser wird 90 - wir gratulieren Richard Schmidt in Rheinsberg

Vor wenigen Wochen brachte das Fernsehen eine umfangreiche Sendung über das Kernkraftwerk Rheinsberg.

Bis 1990 hat dieses erste Atomkraftwerk, was in der DDR und in Deutschland errichtet wurde, Strom erzeugt und vor allem, als Forschungskraftwerk, wichtige Erfahrungen für Bau und Betrieb von Kernkraftwerken vermittelt. Es hat hunderten Menschen nützliche und interessante Arbeit gegeben, hat das Leben in der Stadt Rheinsberg wesentlich beeinflusst, nicht zuletzt durch den Zuzug vieler Arbeiter und Ingenieure aus der ganzen DDR.

Anfang der 90er ist das KKW wie ursprünglich geplant vom Netz abgeschaltet worden. Jetzt sind immer noch rund 100 Fachleute im Betrieb mit dem Rückbau beschäftigt.

Mit diesem Werk ist von Beginn an auch das Leben von Richard Schmidt und seiner Familie verbunden, heute noch. Er kam 1959 aus dem Sachsen-Anhaltischen. Er hatte hier Maschinenschlosser gelernt, musste mit 17 noch Soldat werden, hat nach Rückkehr aus der Gefangenschaft in einem Kraftwerk gearbeitet, studierte an der Fachschule in Markkleeberg. 1959 folgte er einem Ruf zur Arbeit in der Kernenergie. Ein neues Werk aufzubauen, versprach Spannendes. Er war zur Ausbildung zeitweilig in einem KKW in der Sowjetunion, kam zurück nach Rheinsberg, wurde hier stellvertretender Hauptingenieur für Instandhaltung.

Wie viele seiner Art, hat er sich »hineingekniert« in die neue Tätigkeit, hat genauso wie andere die vielen Schwierigkeiten des Aufbaus auf der »grünen Wiese« und unvorhergesehene »Überraschungen« des laufenden Betriebes gemeistert, galt als zuverlässig, zielstrebig, hat sich gekümmert weit über das normale Arbeitsmaß hinaus, hat mit seiner - oft kritischen - Meinung nie hinter dem Berg gehalten, hat die Mühen um das Werk manches Mal erwünscht, aber nie aufgegeben. Das kennzeichnet ihn auch als Mitglied der sozialistischen Partei seit 1956 und heute der LINKEN.

Nach der politischen »Wende« 89/90 musste er, ebenfalls wie viele andere, die »Abwicklung« im Werk, sprich Entlassung, verkraften.

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	1.11.	Friedemann Göhler	Neuruppin	zum	69.
Am	7.11.	Karl-Heinz Andryssek	Wittstock	zum	71.
Am	9.11.	Marita Köhn	Kyritz	zum	62.
Am	15.11.	Charlotte Glaser	Rheinsberg	zum	83.
Am	18.11.	Brigitte Gutsch	Fehrbellin	zum	74.
Am	19.11.	Christina Pudimat	Kyritz	zum	62.
Am	19.11.	Kurt Roßbacher	Neuruppin	zum	65.
Am	23.11.	Willi Missal	Wall	zum	87.
Am	24.11.	Annely Fiebelkorn	Fehrbellin	zum	68.
Am	26.11.	Erich Brunne	Kyritz	zum	89.
Am	27.11.	Petra Buschke	Wusterhausen	zum	62.
Am	28.11.	Martin Beckmann	Kyritz	zum	85.
Am	28.11.	Jürgen Poß	Alt Ruppín	zum	82.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!



Foto: Christa Horstmann

Aber er gab auch hier nicht auf. Er war es, der die verbliebenen Genossen in der Stadt Rheinsberg wieder zusammenführte, denn keineswegs wollten alle austreten. Vorher schon ehrenamtlicher OrtsparteiSekretär in Rheinsberg, übernahm er nun den Vorsitz für die neue Basisgruppe der PDS in der Stadt, wohlgerne, auch für viele Genossen aus den anderen Betrieben und Einrichtungen, stellte die Kontakte her, organisierte ihre Veranstaltungen. Später kamen noch die Genossen aus den umliegenden Dörfern (die Ortsteile von Rheinsberg wurden) dazu.

Er konnte auf viele Genossen bauen, die weiter zu ihrer Überzeugung standen, wie z.B. Franz Hilbert, Manfred Meißner - bekannte Namen in Rheinsberg. Und er galt auch hier als verlässlich, als politisch aufgeschlossen, man konnte gut mit ihm diskutieren, sagt man, er hat sich stets engagiert.

Das Parteileben war nun nicht mehr nur auf einen Betrieb beschränkt, es bezog sich jetzt auf die Sorgen und Freuden in der ganzen Stadt. Keiner hat je aufgeschrieben, um wie viele Probleme und Problemchen sich die Genossen mit Richard, später Manfred Meißner und jetzt Heinz Karwath an der Spitze, in all den Jahren kümmerten, was sie angeregt, organisiert und bewirkt haben. Jahrelang hat Richard Schmidt in Rheinsberg übrigens auch unsere Märkische Linke den Genossen und anderen Lesern überbracht.

Diese oft nicht ganz einfache, umfangreiche ehrenamtliche Kleinarbeit hat Richard Schmidt viele Jahre geleistet. Er findet jetzt ein bisschen mehr Zeit für sich und seine Frau, z.B. für den täglichen Spaziergang - nicht nur hier trifft man natürlich auch oft ehemalige und heutige Kernkraftwerker. Aber jetzt hat er erst mal den 90. Geburtstag vor sich - am 29. Oktober. Und auch wir wünschen ihm noch viele gute Jahre!

Tanz unterm Regenschirm

Trotz Nässe fröhlich und bunt - Herbstfest in Treskow

Nach einer kurzen Begrüßung durch Otto Wynen, den Leiter des Treskower Übergangwohnheimes - und einem kleinen Geburtstagslied für Morsal aus Afghanistan - sollte es eigentlich mit vielfältigen Aufführungen im Außenbe-

Grill, mit Musik aus aller Herren Länder, mit vielen Gesprächen und Tanzeinlagen, selbst von den Kleinsten, bis in den späten Abend hinein. Auch Hüpfburg, Kinderschminken drinnen im Haus und das Ansehen eines Streifenwagens der



Geburtstagsständchen für Morsal (links)

Foto: Jürgen Schubert

Polizei mal aus der Nähe sorgten für Abwechslung an diesem Tag. Schade nur, dass die als Höhepunkt geplante Aufführung eines Zirkus-Projektes von Schülern des Schinkel-Gymnasiums mit Patenkindern aus dem Übergangwohnheim ausfallen musste.

Aber auch so war das durch die aus über 20 Ländern und Nationen

reich losgehen. Doch der Herbst zeigte sich ausgerechnet zu dieser Zeit von seiner ungemütlichen Seite und ließ vieles buchstäblich »ins Wasser« fallen.

Aber Gäste und Bewohner ließen sich die Stimmung nicht vermiesen und feierten mit selbstgebackenem und -gekochtem vom Büfett, mit Rinderbratwurst vom

stammenden Asylbewerber organisierte Herbstfest ein gelungener Abschluss der Interkulturellen Woche(n) in Ostprignitz-Ruppin, die bereits seit dem 12. September mit vielfältigen Veranstaltungen wie z.B. der Tour de Toleranz in Fehrbellin, mit Workshops, Ausstellungen und Gesprächsrunden im Landkreis von sich reden machte. js

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Mittwoch, 19.10.16	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 03.11.16	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Donnerstag, 03.11.16	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Montag, 07.11.16	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 15.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 07.11.16	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Dienstag, 15.11.16	Beratung der Kreistagsfraktion DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 16.11.16	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 24.11.16	Mitgliederversammlung DIE LINKE. Stadtverband Neuruppin 18.00 Uhr, Neuruppin - Tempelgarten, Neuwahl Stadtvorstand

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Redaktion: Jürgen Schubert (js, verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-), Hans-Joachim Müller (hjm), Marco Christian Wiese (MaC), Georg Albrecht (ga)

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**
Tel.: 03391/2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Die. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 03394/4031363
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 10.00 - 12.00
Do. 16.00 - 18.00

Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete
Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**
Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Hartmut Buschke**
Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
Erscheinungsdatum:

Fr., 30.09.2016
Mi., 12.10.2016